

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/035(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	Donnerstag, 02.11.2017	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	17:00Uhr	21:10Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Denkmale und verwaarloste Immobilien
Amt 61/63
- 5 Lenkungsausschuss Buckau
Amt 61/BauBeCon
- 6 Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
Amt 66
- 7 Beschlussvorlagen

7.1	Haushaltsplan 2018 - Haushaltssatzung 2018 - Ergebnis- und Finanzplanung 2018 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2018 - 2021 - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2018 - Stellenplan 2018 FB 02 Antrag	DS0353/17
7.2	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg SPD, CDU/FDP/BfM	A0113/17
7.2.1	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg II 01 Beschlussvorlagen	S0251/17
7.3	Stadtklimatische Baubeschränkungsbereiche Amt 31	DS0218/17
7.4	Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg als Gemeinde zur Landesverordnung über die Ausweisung der NATURA2000-Gebiete im Land Sachsen-Anhalt Amt 31	DS0473/17
7.5	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung - Verkehrsanlage "Olvenstedter Straße von Olvenstedter Platz bis Damaschkeplatz" FB 62	DS0408/17
7.6	Grundsatzbeschluss Instandsetzung der Brücke Schillerstraße über die Schrote entlang der Goethestraße in Magdeburg Amt 66	DS0200/17
7.7	Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Hermann-Hesse-Straße (2017 - 2018) Amt 66	DS0277/17
7.8	Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Falkenweg und Habichtweg (2018) Amt 66	DS0296/17
7.9	Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Annastraße zwischen Alexander-Puschkin-Straße und Große Diesdorfer Straße (2018 - 2019) Amt 66	DS0305/17
7.10	Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Friesenstraße zwischen Olvenstedter Straße und Goethestraße (2018 - 2019) Amt 66	DS0306/17

7.11	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 268-5 (Neupresterweg) zur Gemeindestraße, 39114 Amt 66	DS0381/17
7.12	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 402-4 (Östlich E.-Larisch-Weg) zur Gemeindestraße, 39112 - Sommersdorfer Weg Amt 66	DS0406/17
7.13	Abwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 174-3.1 "Agnetenstraße 20/21" Amt 61	DS0384/17
7.14	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 174-3.1 "Agnetenstraße 20/21" Amt 61	DS0385/17
7.15	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 161-1 "Nahversorgungszentrum Olvenstedter Scheid" Amt 61	DS0410/17
7.16	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 302-5.1 "Therapiezentrum Harsdorfer Straße 22" Amt 61	DS0409/17
7.17	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 61	DS0411/17
7.18	Haushaltsbefragung in der Landeshauptstadt Magdeburg - "Mobilität in Städten - SrV" Erhebungsdurchgang 2018 Amt 61	DS0426/17
8	Anträge	
8.1	Nachpflanzung der durch Sturmtief „ Paul “ verursachten Baumverluste Magdeburger Gartenpartei	A0109/17
8.1.1	Nachpflanzung der durch Sturmtief „ Paul “ verursachten Baumverluste SFM	S0233/17
8.2	Möglichkeiten zur Betreuung / Pflege Bedürftiger in Magdeburg weiter ausbauen LINKS für Magdeburg	A0104/17
8.2.1	Möglichkeiten zur Betreuung / Pflege Bedürftiger in Magdeburg weiter ausbauen V/02	S0246/17
8.3	Skater-Anlage Gröninger Park Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0127/17

8.3.1	Skater-Anlage Gröninger Park SFM	S0259/17
8.4	Ein Hassel für Alle Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stadtrat Olaf Meister	A0106/17
8.4.1	Ein Hassel für Alle FB 32	S0245/17
8.5	Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0103/17
8.5.1	Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg Amt 61	S0244/17
8.6	Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der Kleingartenanlage"Klinketal"e.V.als Dauerkleingartenanlage Fraktion Magdeburger Gartenpartei, Fraktion DIE LINKE/ future, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion LINKS für Magdeburg	A0124/17
8.6.1	Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der Kleingartenanlage"Klinketal"e.V.als Dauerkleingartenanlage Amt 61	S0276/17
9	Informationen	
9.1	Sachstand zur weiteren, aktuellen Entwicklung der Baupreise/mittelfristige Finanzplanung der Stadt Amt 66	I0262/17
9.2	Mehr Sicherheit für Radfahrer in der Seehäuser Straße Amt 66	I0281/17
10	Mitteilungen und Anfragen	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Falko Grube

Mitglieder des Gremiums

Thomas Brestrich

Frank Schuster

Reinhard Stern

Denny Hitzeroth

Andrea Nowotny

Timo Gedlich
Geschäftsführung
Corina Nürnberg

Hugo Boeck

Mitglieder des Gremiums

Hans-Joachim Mewes
Marcel Guderjahn

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Dr. Grube** begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Rederecht für **Herrn Zenker** wird mit 3-3-0 abgelehnt.
Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmung 3-3-0

3. Einwohnerfragestunde

Zur Fragestunde meldet sich keiner der Anwesenden zu Wort.

4. Denkmale und verwaarloste Immobilien

Stadtrat Schuster geht auf einen Sachverhalt in der Leipziger Straße ein. Gegenüber der Neubaumaßnahme werde eine Fassadensanierung (Wärmedämmung), die über die Stuckfassade läuft, durchgeführt. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein aus seiner Sicht unzureichendes Arbeitsgerüst.

Herr Schütt (AL 63) lässt den Sachverhalt prüfen und wird dem Protokoll zuarbeiten.

Stadtrat Brestrich fragt, warum die Baumaßnahme an der Lagerhalle im Wissenschaftshafen nicht im Ausschuss vorgestellt wurde.

Der Speicher B werde momentan saniert und für eine neue Nutzung umgebaut. Der sogenannte Speicher A (Kohlenbunker-Gebäude) sei so nicht umsetzbar. Der denkmalrechtliche Teil sei deshalb auf die Fassade reduziert. Im Rahmen des Lenkungsausschusses sei aber regelmäßig dazu berichtet worden, teilt **Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) dazu mit.

Stadtrat Zander fragt nach der Beantwortung seiner Nachfrage zur „Menzer Straße“. Die Beantwortung sei heute schriftlich erfolgt, so **Herr Dr. Scheidemann**.

5. Lenkungsausschuss Buckau

Stadtrat Zander fragt, wie lange es noch Fördermittel geben werde.

Die Fördermittelperiode sei ausgelaufen, teilt dazu **Frau Klein** (BauBeCon) mit. Nur noch öffentliche Maßnahmen seien in der Finanzierung.

6. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Herr Gebhardt (AL 66) teilt den aktuellen Baufortschritt mit. Die Bohrpfähle auf der Südseite seien zu ca. 90% fertig gestellt. Auf der Nordseite arbeiten zurzeit 2 Unternehmen an der Fertigstellung der Bohrpfähle. Des Weiteren werde verstärkt an der Tunneldeckenherstellung gearbeitet.

Zur Finanzierung verweist er auf die Drucksache DS0453/17.

Es werde mit einer Erhöhung auf ca. 139 Mio. € gerechnet. Für die Stadt bedeutet dieses einen ca. 25 Mio. € höheren Eigenanteil.

Herr Dr. Scheidemann verweist darauf, dass nicht alles Kreuzungsmaßnahmen seien.

Stadtrat Zander fragt, wieviel Mio. vom Verursacher davon zurückzuholen seien.

Da möchte **Herr Dr. Scheidemann** die Gutachten der Versicherung abwarten.

Stadtrat Stern hinterfragt die Möglichkeit der Stadt auf den Bauzeitenplan Einfluss zu nehmen.

Herr Gebhardt werde dazu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung antworten.

Stadtrat Stern bittet bei Nachträgen um deren Untersetzung. Für „vergessene“ Planungsdinge kann die Stadt doch nicht haften, stellt er fest.

7. Beschlussvorlagen

- 7.1. Haushaltsplan 2018
- Haushaltssatzung 2018
 - Ergebnis- und Finanzplanung 2018
 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2018 - 2021
 - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2018
 - Stellenplan 2018
- Vorlage: DS0353/17
-

Herr Zimmermann (BG II) beginnt mit der Einbringung der Drucksache. Zur Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee (EÜ ERA) seien die aktuelle Zahlen bekannt. Bis zur Haushalts-Klausurtagung am 17.11.2017 werde sich der Finanz- und Grundstücksausschuss mit der aktuellen DS0453/17 befasset haben und in die Haushaltsplanung 2018 ff einsteuern.

Herr Erxleben (FB 02) stellt an Hand einer Power-Point Präsentation die Haushalts-Drucksache vor.

Dezernat VI hat ordentliche Erträge und Aufwendungen, siehe Anlage 10, Seite 535.

Im Weiteren geht er auf die Teilergebnishaushalte der Fachämter des Dezernates ein.

Stadtrat Stern: Die Entwicklung LSA/ Beleuchtung/ VLE sollte dargestellt werden.

Herr Gebhardt (AL 66) verweist auf eine durch die Verwaltung bereits fertig gestellte Stellungnahme zur Anfrage, einer Ampelanlage für den Universitätsplatz von **Stadtrat Stern**, die in Kürze den Stadträten zur Verfügung stehen wird.

Der Vergleich LSA und Kreisverkehr ist dargelegt.

Herr Dr. Scheidemann (BG VI) geht auf die Belange des Dezernates ein. Zur Personalsituation verweist er auf die Organisationsuntersuchung durch Federas.

Das Problem im Dezernat VI sei der Generationswechsel und die zögerliche Wiederbesetzung der Stellen.

Stadtrat Stern stellt fest, dass es ein anspruchsvoller Haushaltsplan sei. Die Investitionstätigkeit schlägt zu Buche sowie auch die Großbauvorhaben. Ein Kreditanteil werde mit einfließen.

Die Frage zum Stellenplan sei, kann die Verwaltung mit dem vorhandenen Personal das zur Verfügung steht, das alles bewältigen?

Trotz neuer Mitarbeiter für die EÜ ERA und zusätzliche Stellen im Amt 63 sieht er einen Bedarf von zusätzlichem Personal für die Großbauvorhaben.

Stadtrat Dr. Grube unterstützt dieses. Er bittet um Positionierung zur befristeten Einrichtung von Stellen für die EÜ ERA. Eventuell gibt es hierzu auch die Möglichkeit von unbefristeten Einstellungen durch Kompensation.

Herr Dr. Scheidemann hält die Stellen für die Projektgruppe im Stellenplan für auskömmlich. Er setzt voraus das die Stellenbesetzungen erfolgen werde.

Gutachter, Rechtsanwaltskanzleien seien außerhalb der Landeshauptstadt Magdeburg über Honorar für das Projekt EÜ ERA gebunden.

Die Beantwortung erfolgt schriftlich an den StBV und an den Finanz- und Grundstücksausschuss.

Stadtrat Gedlich fragt, woran liegt die schleppende Neubesetzung und welche Anreize können geschaffen werden?

Hier müsse evaluiert werden warum das so ist, stellt **Stadtrat Hitzeroth** fest.

Das sei kein generelles Problem des Dezernates, so **Stadtrat Schuster**.

Stadtrat Zander findet, dass für die Straßensanierungen zu wenig Geld eingestellt sei. Der Zustand der Straßen werde noch schlechter. **Stadtrat Zander** sei enttäuscht, für den Tunnelneubau gebe es einen Nachtrag im Haushalt.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf die Investitionsprioritätenliste, Hauptliste und die dort verorteten Zahlen zur EÜ ERA mit dem Stand der erarbeiteten Haushaltsdrucksache. Dies ist leistbar. Die Einstellung der aktuellen Beschlusslage erfolgt.

Des Weiteren geht er auf die Abschreibungen und Ersatzinvestitionen ein.

Herr Dr. Hartung (FBL 02) geht auf die 22,5 Mio. € Abschreibungen ein, die im Bestand investiert werden.

Rund 10 Mio. € gehen in die Straßenunterhaltung.

Die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens wird konsumtiv veranschlagt.

Stadtrat Stern verweist auf den über Jahre dokumentierten Instandhaltungsstau, auf Kennziffern – Kilometer Straße zu Aufwand für die Unterhaltung dieser.

Für Anliegerstraßen und Altfälle fragt er FBL 62 zum Stand. Wie ist der Stand des Klageverfahrens?

Zu Buckau hinterfragt er die Situation der Einnahmenseite / Einwerben von Sanierungsbeiträgen.

Herr Gebhardt (AL 66) verweist auf unterschiedliche Richtzahlen und Kennzahlen in verschiedenen Richtlinien und Veröffentlichungen, generelle Kennwerte bzw. Kennzahlen können deshalb nicht genannt werden

Herr Neumann (FBL 62) verweist auf die Information mit der Altfallliste. Diese wird voraussichtlich im Finanz- und Grundstücksausschuss am 08.11.2017 Gegenstand sein. Im Weiteren geht er auf diese Information ein. Der Bearbeitungsstand/ älteste Maßnahme ist aus 2002.

Frau Klein (BauBeCon) geht auf die Sanierungsbeträge und Ablösebeiträge ein, diese gehen ins Treuhandkonto ein und sind zweckgebunden zu verwenden. Der Wirtschaftsplan (vorliegend) geht bis 2019.

Einzahlungen sind für das Jahr 2018 ff Prognosewerte. Konkrete Zahlen per 31.12.2017 sind benennbar. Werden eingesteuert bis 30.06.2018.

Stadtrat Gedlich geht auf die Deckung der Mehrausgaben für den Tunnel aus Maßnahmen ein und fragt, wo soll gespart werden?

Herr Dr. Scheidemann informiert über Objekte mit Ansatz, die im Haushalt geplant sind, die sich aber schieben. Diese Mittel werden nicht kassenwirksam und können als „fiktive“ Deckung für die Verpflichtungsermächtigung EÜ ERA verwandt werden. Wenn diese Projekte aktuell werden, dann ist der volle Planansatz wieder da, weil für die EÜ ERA ab 2018 ff die Haushaltsmittel regulär zur Verfügung stehen.

Die Realisierungsverschiebung eröffnet die Möglichkeit der fiktiven Deckung.

Ergänzend teilt **Herr Gebhardt** dazu mit, dass keine Gelder umgeschichtet werden.

Der Tunnel werde durchfinanziert. Entweder durch Verschiebung von Maßnahmen oder Erhöhung von Kreditmitteln. Das Abarbeiten von Prozessen erfordert Kraft. Mitarbeiter und Ingenieurbüros seien voll ausgelastet. Mehr Baustellen kann die Stadt nicht verkraften. Der Tunnel bindet personelle Ressourcen, dafür müssen eventuell auch Maßnahmen verschoben werden, so **Herr Zimmermann**.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Gesetzesfluten sowie Richtlinien, die Verfahren erschweren. Europaweite Ausschreibungen, der Umfang und die Anzahl von Planfeststellungsverfahren erschweren die Verfahren ebenfalls erheblich. Das ist auch mit mehr Personal schlecht händelbar.

Stadtrat Dr. Grube fragt, ist die Investitionsprioritätenliste realistisch abzuarbeiten? Dieses werde so eingeschätzt, antwortet daraufhin **Herr Zimmermann**

Stadtrat Schuster geht auf die hohen Investitionen für die Straßen ein und fragt, ob die Kapazitäten bei den Betrieben dafür ausreichend seien. Eine kontinuierliche Realisierung wäre besser. Er kann die Ausführungen zum aufbauschen formaler Verfahren nachvollziehen. Fachpersonal ist auch in der freien Wirtschaft knapp. Die Konkurrenz mit der Stadt als Arbeitgeber habe zugenommen.

Herr Zimmermann verweist auf Politik, Fördermittelbeantragung und Bearbeitung, die eine Kontinuität des Investitionshaushaltes unmöglich machen. Die Landeshauptstadt Magdeburg sei von Dritten abhängig.

Die Großbauvorhaben EÜ ERA und auch Ersatzneubau Elbbrücken werden uns noch bis 2020 beeinflussen.

Stadtrat Stern habe von privaten Bauherren und Bürgern Informationen erhalten, dass Baugenehmigungen sehr lange auf sich warten lassen. Bedeutet dieser Haushalt für Bürger längere Wartezeiten? Wie lange dauert ein Antrag von Bürgern (z.B. aus Ottersleben) auf eine Baugenehmigung?

Herr Dr. Scheidemann verweist auf das Problem zu den Richtlinien für den Brandschutz, es gebe zu wenig Brandschutzprüfer in Sachsen-Anhalt.

Ein weiteres Problem sei die Einführung der integrierten Bausoftware, die momentan im Dezernat laufe.

Herr Schütt (AL 63) geht auf die Genehmigungsfiktion ein, hier gelte z.B. für einen Bauantrag für ein kleines Einfamilienhaus nach 3 Monaten die Genehmigungsfiktion.

Jedoch sei die z.B. genannte Hinterlandbebauung in Ottersleben auch kein Selbstläufer.

Im Gebiet eines Bebauungsplanes sei keine Baugenehmigung erforderlich.

Abstimmung zur DS0353/17: 1-0-6

Antrag

7.2. Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0113/17

Stadtrat Hitzeroth nimmt ab 18:05 Uhr an der Sitzung teil.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für die Einarbeitung in das Linienkonzept 2020+ aus.

Herr Zimmermann (BG II) befürwortet dieses.

Abstimmung zum Antrag A0113/17: 6-0-2

7.2.1. Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0251/17

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorlagen

7.3. Stadtklimatische Baubeschränkungsgebiete
Vorlage: DS0218/17

1. Lesung

Herr Platz (BG I) führt zur Beschlussvorlage ein. Danach setzt Herr Trute von der Firma GeoNet mit einer Präsentation fort.

Aus der 1. Phase der politischen Diskussion wurde der Zielkonflikt zwischen der Stadtentwicklung und den stadtklimatischen Auswirkungen mitgenommen und sollte näher beleuchtet werden. Man möchte Verbindlichkeiten für eine zukünftige Stadtentwicklung. Diese soll nicht gestoppt werden.

Die Karten zu Baubeschränkungsgebieten seien bekannt, so **Herr Trute**.

Er geht auf die Eingriffsbewertung ein. Anhand des Modellgebietes „Schroteaue“, in dem Kaltluftbahnen vorliegen, wurden Berechnungen vorgenommen. 27 Szenarien wurden durchgerechnet, was klimatisch passieren könne.

Stadtrat Hitzeroth hält die Handlungsempfehlungen für entscheidend.

Er geht auf die Freilegung verrohrter Gewässer und Schaffung von Parks ein und fragt, warum wurde das in der Drucksache nicht näher erläutert?

Innenstadtbereiche, wie der Universitätsplatz Ostseite und der Ulrichsplatz, sollten herausgenommen werden.

Warum sind beschränkte Gebiete enthalten, fragt er abschließend.

Herr Trute verweist auf die Analyseschritte, die dargestellt wurden. Eine Klimaanalyse sei die Voraussetzung für eine Priorisierung von Maßnahmen, die Auswahl muss zum Objekt passen. Grundlagen für die Analysen seien intensive Messungen und Modellrechnungen. Dies stellt eine objektive Herangehensweise aus klimatischer Sicht dar.

Stadtrat Stern hat Fragen an die Verwaltung.

Magdeburg ist eine prosperierende urbane Stadt, mit dem Ziel, sie im Inneren zu entwickeln.

Er geht auf die Dresdner Verdichtung ein.

Was bedeuten Baubeschränkungen für die Stadtentwicklung?

Hindern diese Vorgaben die Entwicklung?

Er richtet sich direkt an **Herrn Platz** (BG I) und stellt fest, dass diese Modelle nicht neu seien und verweist auf die Untersuchungen in Cottbus.

Sind diese bekannt, fragt er abschließend.

Frau Grosche (AL 61) verweist auf das ISEK, die Nachverdichtung sei das Ziel.

Baubeschränkungsbereiche seien bekannt und verweist auf den im Flächennutzungsplan enthaltenen Beiplan, der zu qualifizieren sei.

Schon Bruno Taut hat sich bereits mit stadtklimatischen Auswirkungen auseinandergesetzt. Dies sei berücksichtigt.

Das Baudezernat hat sich Gedanken zu Wohnbaupotenzialflächen gemacht.

Ca. 350 Parzellen Nachfrage an Wohnbauflächen jährlich gebe es. Der Nachweis bis 2030 sei gesichert.

Das Rennetal werde z.B. ein Schwerpunktbereich sein, der mit Rahmenplan klimafreundliche Entwicklung aufnehmen werde und somit insgesamt Stadtentwicklung nicht behindert, da Bereiche kein vorhandenes Baurecht umfassen, sondern sowieso größtenteils Grünflächen/Friedhöfe darstellen.

Dresden verdichtet eher mit historischem Hintergrund, ohne Beachtung klimatischer Entwicklungen.

Herr Platz verweist auf die Darstellung der Maßnahmen auf Seite 5 der Begründung.

Herr Trute verweist darauf, dass dieser methodische Ansatz anerkannt sei.

Entsprechende Richtlinien geben den Rahmen des Handelns für die Büros vor.

Magdeburg hat einen sehr breiten Datensatz, der einbezogen wurde.

Klimagerechte Nachverdichtung sei möglich.

Stadtrat Schuster kennt die Diskussion zur alten Drucksache, ein Wandel sei erkennbar.

Er geht auf die Begründung der Seite 5 zum Ausschluss von Bebauung ein und stößt sich daran.

Was sei möglich, um eine Bebauung in Baubeschränkungsbereichen zu realisieren?

Er hat Bedenken bei der Drucksache, da sei Streit zwischen Umweltamt - Baudezernat – Bauwirtschaft schon vorprogrammiert.

Herr Platz stellt sich die Frage, was will die Stadt?

Stadtentwicklungsziele und bauliche Entwicklungen sollen nicht verhindert werden.

Es braucht einen Kriterienkatalog, um dies zu ermöglichen. Im jetzigen Beiplan zum Flächennutzungsplan sei dieses nicht so dezidiert enthalten. Diese Beschlussvorlage ermöglicht erstmals eine Bebauung auch in ökologischen Baubeschränkungsgebieten unter bestimmten Voraussetzungen.

Stadtrat Brestrich fragt nach zur Modellberechnung und Umlage auf das Stadtgebiet.

Man schafft eine Tendenz, welche nur für wenige Tage gelte.

Wie oft im Jahr sind solche Tage, die schädlich für Menschen sind?

Zum Thema Kaltluftströme fragt er nach einer wissenschaftlichen Definition.

Wie oft tauchen sie auf und wieviel C° Unterschied sind das?

Sie kommen mit relativen Äußerungen, nicht mit konkreten Zahlen.

Er zitiert die Sächsische Zeitung - Für eine 500Td Einwohnerstadt wie Dresden sei die Verdichtung der Innenstadt mit Gebäuden vorgesehen.

Bei den ‚Kaltluftzonen‘ – damals ging die Betrachtung über das gesamte Jahr, heute werden nur noch wenige Tage betrachtet.

Herr Trute geht auf den Klimawandel ein. Das BauGB verlangt grundsätzlich die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel, den klimatischen Bedingungen und Entwicklungen.

An 25% der Sommertage gebe es Hitzewellen. Diese Wetterlagen nehmen zu.

Seit 1996 sei das Büro in Magdeburg tätig.

Der Deutsche Wetterdienst hat 2 Kaltluftmodelle entwickelt.

Er biete einen Informationsaustausch an.

Stadtrat Gedlich stellt fest, wichtig für die Sicherung der Lebensqualität und zur Vorsorge für die kommenden Generationen seien Kaltluftbahnen. Er hinterfragt den Flächenanteil.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Anlage 2 Beiplan ein und bemängelt die schlechte Qualität. Er bittet um eine höhere Auflösung.

Kaltluftschneisen im Bestand sollten bestehen bleiben. Er möchte im Detail aber die Abwägung beibehalten.

Er geht auf die Beschlussvorlage DS0270/13 – Klimaanalyse ein und verweist auf die Schlussfolgerung, dass es im Jahr 2030 viele Tropennächte geben werde. Mit der Umsetzung der alten Beschlussvorlage sollte dieses verhindert werden.

Wurde die Prognose des Klimagutachtens auf das Modell gelegt?

Der Status ist hochgerechnet, das Ergebnis = 13 Tropennächte.

Herr Trute erläutert die Verfahrensweise. Die Daten der Klimaanalyse wurden auf die Baubeschränkungsgebiete übergeleitet/eingebunden.

Die Innenstadtentwicklung werde vorangehen und das Stadtklima sich damit verschlechtern.

Es werden Wärmeinseln entstehen, geeignete Gegenmaßnahmen seien das Ziel.

Stadtrat Dr. Grube fragt, wurden die stadtklimatischen Baubeschränkungsgebiete berücksichtigt?

Der Klimawandel wurde mit einbezogen, die Baubeschränkungsgebiete nicht, so **Herr Trute**.

Dieses sei nicht sinnvoll. Für einzelne Planverfahren wäre es händelbar und sinnvoll.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Seite 17 (Absatz vor Tabelle) Anlage 2 ein und hinterfragt die Sinnhaftigkeit des Satzes, Stadt soll abgekühlt werden.

In der Klimakarte z.B. gebe es eine Reihe von Fläche mit Ausgleichsfunktion.

Des Weiteren hat er Nachfragen zum:

- Johannisberg: zweiseitigen Ausbau;
- Ulrichsplatz: Grünfläche;
- Maybachstraße: Umsetzung Bebauung;
- Heumarkt: Auswirkung Bebauung;
- Universitätsplatz: Auswirkung Bebauung

Gibt es Bereiche, die als Baubeschränkungsgebiete ausgewiesen werden sollen, aber schon im Bebauungsplangebiet liegen, fragt **Stadtrat Dr. Grube** abschließend.

Es werde nach Klimawirkung von Tag und Nacht unterschieden, teilt **Herr Trute** dazu mit. Maßnahmen, die auf das Klima wirken, seien Kühlung durch Wasser, Verschattung durch Bäume, um lokal Spitzentemperaturen zu brechen.

Bebauungspläne seien nicht betroffen, informiert **Frau Grosche**. Baurechte werden nicht beschränkt. Es werden im Gegenteil nur Bebauungen unter bestimmten Kriterien erst ermöglicht mit dieser Beschlussvorlage.

Amt 61 und Amt 31 haben sich abgestimmt.

Stadtrat Dr. Grube fragt, ob die 2. Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn und der Editharing davon betroffen seien.

Er geht auf die Begründung Seite 5 – Maßnahmen zur Verbesserung der Klimasituation, z.B. Verschattung durch Bäume vor dem Landtag ein.

Ist das mit dem Denkmalschutz abgestimmt?

Frau Grosche verweist auf den sensiblen Bereich hier, Einzelmaßnahmen seien dazu noch nicht vorhanden, somit Belange des Denkmalschutzes auf dieser Ebene noch nicht betroffen.

Stadtrat Stern geht auf verkehrliche Baumaßnahmen ein wie z.B. die Vision 3. Elbquerung. Damit würde die Kaltluftschneise durchbrochen werden. Er bittet um Berücksichtigung bei den Planungen.

Wie wirken sich solche Baumaßnahmen auf die Kaltluftschneise aus, ist seine Frage dazu. Verkehrsinfrastruktur sei Bestandteil der Kaltluftschneise, kann Teil einer Leitbahn für Kaltluftschneise sein, so **Herr Trute**. Hier stellt sich Verkehrsflughygieneproblem und die Frage, wie hoch sind Schadstoffbelastungen.

Stadtrat Schuster: Gutachten und Schlussfolgerungen werden nicht in Frage gestellt, aber mit bestimmten Maßnahmen kann man Klima verbessern.

Den Weg einer Deklaration von Baubeschränkungsgebieten hält er nicht für zielführend. Die Drucksache stellt dezidiert flächenflankierende Maßnahmen nicht dar.

Stadtrat Brestrich findet, dass die modelltypische Herangehensweise für den Bürger nicht nachvollziehbar sei. Die Stadt schaffe sich weitere Prüfebene und dieses lehne er ab.

Herr Trute geht auf die für Menschen belastenden Wetterlagen ein. Diese Zeiten seien zu betrachten.

Über Instrumente kann man streiten. Aber der Klimawandel ist nicht in Frage zu stellen, so **Herr Platz**.

Herr Dr. Scheidemann schildert zum Abschluss der 1. Lesung kurz den Werdegang.

Auf Basis des Flächennutzungsplanes sei **Herr Trute** gebeten worden, für ein Modelgebiet ein Gutachten zu erstellen unter Berücksichtigung von Flächennutzungsplan und ISEK.

vertagt

- 7.4. Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg als Gemeinde zur Landesverordnung über die Ausweisung der NATURA2000-Gebiete im Land Sachsen-Anhalt
Vorlage: DS0473/17
-

Herr Platz (BG I) geht auf die gemeindliche Stellungnahme ein.

Er verweist auf die Frist, die im Dezember ablaufe.

Eine behördliche Stellungnahme werde folgen, diese stehe nicht im Widerspruch. Hauptthema sei der Hochwasserschutz im FFH-Gebiet.

Die Verordnung müsse den Hochwasserschutz aufnehmen sowie die Bandbreite zu den FFH-Gebieten, erläutert **Herr Dr. Scheidemann** (BG VI).

Stadtrat Stern kann sich gut an die Diskussion zu dem FFH-Gebiet in der Innenstadt erinnern. Das Thema kostet Mio. €.

Wird es weitere Ausweisungen von schutzbedürftigen Bereichen geben, fragt er.

Mit der Beschlussvorlage sieht **Herr Dr. Scheidemann** weitere Eingriffsmöglichkeiten der Stadt gegeben.

Abstimmung zur DS0473/17: 6-0-2

- 7.5. Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung - Verkehrsanlage "Olvenstedter Straße von Olvenstedter Platz bis Damaschkeplatz"
Vorlage: DS0408/17
-

Herr Neumann (FBL 62) erläutert die Beschlussvorlage.

Es gehe um ca. 165 T € Einnahmen. Damit stehen pro m²/Beitragsfläche 0,99 € an.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (8-0-0)** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV349-35(VI)/17**.

Beschlussvorschlag:

Für den Ausbau der Teileinrichtung/en Gehbahn und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Olvenstedter Straße von Olvenstedter Platz bis Damaschkeplatz“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Kostenspaltung erhoben.

- 7.6. Grundsatzbeschluss
Instandsetzung der Brücke Schillerstraße über die Schrote entlang der Goethestraße in Magdeburg
Vorlage: DS0200/17
-

Herr Gebhardt (AL 66) bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Stern geht auf die Planungskosten 2018 für die Brücke ein und fragt, wie diese Baustelle koordiniert werde.

Herr Gebhardt geht auf die einzelne Baumaßnahme und Umfänge ein. Die Baumaßnahmen der MVB an der Großen Diesdorfer Straße werden keinerlei Auswirkungen auf die Instandsetzungsmaßnahme der Brücke Schillerstraße haben. Es werde keine zeitlichen Überschneidungen geben.

Abstimmung zur DS0200/17: 8-0-0

- 7.7. Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Hermann-Hesse-Straße (2017 - 2018)
Vorlage: DS0277/17
-

Herr Gebhardt (AL 66) bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadträtin Nowotny geht auf die Kostenschätzung ein und stellt falsche Angaben zu der Berechnung fest (Anlage 2).

Stadtrat Gedlich spricht sich für den Baumerhalt aus und verweist auf den Alt-Baumbestand hier.

Der Erhalt der Bäume sei die Zielstellung, teilt **Herr Gebhardt** dazu mit. Die Anlage werde korrigiert.

Abstimmung zur DS0277/17: 8-0-0

- 7.8. Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Falkenweg und Habichtweg (2018)
Vorlage: DS0296/17
-

Stadträtin Nowotny hinterfragt die mehrheitliche Zustimmung.

Die mehrheitliche Zustimmung lag bei 27 Grundstückseigentümern mit 14 Zustimmungen vor (mehr als die Hälfte der Eigentümer), so **Herr Gebhardt** (AL 66).

Abstimmung zur DS00298/17: 6-0-2

- 7.9. Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Annastraße zwischen Alexander-Puschkin-Straße und Große Diesdorfer Straße (2018 - 2019)
Vorlage: DS0305/17
-

Herr Gebhardt (AL 66) bringt die Beschlussvorlage ein.

Abstimmung zur DS0305/17: 8-0-0

- 7.10. Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau Friesenstraße zwischen Olvenstedter Straße und Goethestraße (2018 - 2019)
Vorlage: DS0306/17
-

Die Beschlussvorlage wird von **Herrn Gebhardt** (AL 66) eingebracht.

Abstimmung zur DS0306/17: 8-0-0

- 7.11. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 268-5 (Neupresterweg) zur Gemeindestraße, 39114
Vorlage: DS0381/17
-

Herr Gebhardt (AL 66) erläutert die Beschlussvorlage.

Abstimmung zur DS0381/17: 8-0-0

- 7.12. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 402-4 (Östlich E.-Larisch-Weg) zur Gemeindestraße, 39112 - Sommersdorfer Weg
Vorlage: DS0406/17
-

Die Beschlussvorlage wird von **Herrn Gebhardt** (AL 66) vorgestellt.

Abstimmung zur DS0406/17: 8-0-0

- 7.13. Abwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 174-3.1 "Agnetenstraße 20/21"
Vorlage: DS0384/17
-

Frau Heinicke (Amt 61) erläutert das Planungsziel. Der Vorhabenträger beabsichtigt, den bestehenden Markt abzubauen und am Standort einen neuen Markt mit ca. 1.500 m² Verkaufsfläche zu errichten.

Durch diese Erweiterung kann der für die Nahversorgung in der Alten Neustadt von Magdeburg wichtige Standort zukünftig dauerhaft gesichert werden.

Abstimmung zur DS0384/17: 8-0-0

- 7.14. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 174-3.1 "Agnetenstraße 20/21"
Vorlage: DS0385/17
-

Die Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird ebenfalls von **Frau Heinicke** (Amt 61) eingebracht.

Abstimmung zur DS0385/17: 8-0-0

- 7.15. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 161-1 "Nahversorgungszentrum Olvenstedter Scheid"
Vorlage: DS0410/17
-

Planungsziel sei die Ausweisung eines Sondergebietes für Einzelhandel, erläutert **Frau Heinicke** (Amt 61) die Beschlussvorlage.

Stadtrat Stern fragt, warum hier ein Bebauungsplanverfahren eröffnet werden soll. Die Flächen sollen für den Nahversorgungsbereich vorgehalten werden. Noch nicht konkretisierte Anfragen hinsichtlich der Errichtung eines Garagenhofes seien der Verwaltung bekannt. Dieses sei in diesem Bereich nicht gewollt, so **Frau Heinicke**.

Der Parkdruck in diesem Bereich sei auch nicht unerheblich, stellt **Stadtrat Stern** fest.

Im Gespräch ging es um einfache Fertigteilaragen. Hierfür wären andere Standorte geeigneter. Der Nahversorgungsbereich sollte hier langfristig gesichert werden, teilt **Frau Heinicke** dazu mit.

In der Johannes-Göderitz-Straße bestehen Parkplatzprobleme, stellt **Stadträtin Nowotny** fest. Dass ein einfacher Garagenkomplex an dieser Stelle fehl am Platz sei, findet **Stadtrat Hitzeroth**. Anders wäre ein Parkhaus mit entsprechender Qualität, stellt er fest.

Nur die Art der Nutzung mit Ausweisung Sondergebiet soll mit dem Aufstellungsverfahren hier geklärt werden, erläutert **Frau Heinicke** abschließend.

Abstimmung zur DS0410/17: 2-2-4 nicht empfohlen

- 7.16. Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 302-5.1 "Therapiezentrum Harsdorfer
Straße 22"
Vorlage: DS0409/17
-

Frau Heinicke (Amt 61) erläutert die Beschlussvorlage.

Planungsziel sei die Ausweisung eines Sondergebietes als Pflegezentrum mit Wohnbebauung, Arztpraxen, Therapiezentrum und Pflegestützpunkt.

Das Gebiet bereitet erhebliche Probleme durch den kontaminierten Boden, teilt **Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) mit. Eine Dekontaminierung sei nur über Gewerbe möglich.

Abstimmung zur DS0409/17: 8-0-0

- 7.17. Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur
Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0411/17
-

vertagt

- 7.18. Haushaltsbefragung in der Landeshauptstadt Magdeburg -
"Mobilität in Städten - SrV" Erhebungsdurchgang 2018
Vorlage: DS0426/17
-

Herr Schneider (Amt 61) bringt die Beschlussvorlage zum Forschungsprojekt „Mobilität in den Städten“ ein.

Abstimmung zur DS0426/17: 8-0-0

8. Anträge
-

8.1. Nachpflanzung der durch Sturmtief „Paul“ verursachten
Baumverluste
Vorlage: A0109/17

Frau Andruscheck (SFM) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Stadtrat Zander führt zum Antrag aus. Er verweist auf 1000e Bäume, die nicht mehr vorhanden seien. Die Nachpflanzung beschränke sich aber auf nur ca. 500 Bäume jährlich. Hier passe die Realität nicht mehr.

Die Abgänge müssen ersetzt werden, stellt **Frau Andruscheck** klar. Sie verweist aber auf die sehr intensive Pflege in den ersten Jahren. Die Bewässerung müsse gerade in den ersten Jahren gewährleistet werden und dieses sei mit den vorhandenen Mitarbeitern einfach nicht leistbar.

Stadtrat Gedlich spricht sich für eine Übertragung an externe Firmen aus. Er verweist auf den interfraktionellen Antrag zu Sturmschäden und will weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Für Sturmschäden kann der SFM nichts, stellt **Stadtrat Stern** fest und bricht eine Lanze für den Stadtgartenbetrieb. Die Bürger aus Stadtfeld z.B. möchten zunehmend die Bäume weg haben und verweisen auf die Gefahrensituation.

Er sieht begrenzte Mittel. Viele Bäume im Straßenbereich könnten auch einmal von Bürgern gegossen werden. Er sei auch für Aufforstung mit Unterstützung bei der Pflege durch die Bürger.

Sturmereignissen hinterher zu rennen, hält **Stadtrat Hitzeroth** nicht für sinnvoll. Höhere Mittel sollten zur Verfügung gestellt werden, um Fremdfirmen zu beauftragen, auch für die Fertigstellungspflege. Es sollte überlegt werden, ob aus den 400 T € die Pflege bezahlt wird. 160 T Bäume werden vom SFM betreut, davon seien rund 900 Bäume ein Totalschaden, teilt **Frau Andruscheck** mit.

Stadtrat Zander verweist auf die vielen Wurzeln, die im Bereich Lerchenwuhne noch herumliegen und fragt, wann diese weggeräumt werden. In diesem Zusammenhang hinterfragt er zusätzlichen Personalbedarf.

Für Starkwetterereignisse müssen zukünftig mehr Mittel eingestellt werden, stellt **Stadtrat Gedlich** fest. Eine jährliche Bilanzierung sollte erfolgen.

Stadtrat Grube hinterfragt die zusätzlichen Kosten für 100 Bäume (pflanzen/pflegen) über eine Fremdfirma.

Abschließend schlägt **Stadtrat Grube** einen Änderungsantrag vor.

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat möge beschließen, die durch das Sturmtief „Paul“ am 22.06.2017 im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg zu Schaden gekommenen Bäume werden nachgepflanzt.

Abstimmung: 8-0-0

Abstimmung zum Antrag A0109/17: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 8.1.1. Nachpflanzung der durch Sturmtief „ Paul “ verursachten
Baumverluste
Vorlage: S0233/17
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2. Möglichkeiten zur Betreuung / Pflege Bedürftiger in Magdeburg
weiter ausbauen
Vorlage: A0104/17
-

Stadtrat Boeck führt zum Antrag aus und verweist auf den Zentrumsbereich Hopfenplatz.

Stadtrat Dr. Grube fragt, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden solle. Ein Prüfergebnis liege vor, auch wenn das Ergebnis uns nicht weiterbringe.

Stadtrat Zander steht dem Antrag positiv gegenüber.

Abstimmung zum Antrag A0104/17: 3-1-3

- 8.2.1. Möglichkeiten zur Betreuung / Pflege Bedürftiger in Magdeburg
weiter ausbauen
Vorlage: S0246/17
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Skater-Anlage Gröninger Park
Vorlage: A0127/17
-

Frau Andruscheck (SFM) spricht sich für eine Aufnahme in der Fortschreibung der Spielplatzflächenkonzeption 2019 aus.

Im Rahmen der Evaluierung der Spielplatzflächenkonzeption sei dieses mit zu berücksichtigen, so **Stadtrat Dr. Grube**.

Folgender Änderungsantrag wird daraufhin von den Stadträten empfohlen.

Der Antrag wird wie folgt geändert und erhält nachfolgenden Wortlaut:

Der OB wird beauftragt, bei der Überarbeitung der Spielplatzflächenkonzeption die Errichtung einer Skateranlage im Bereich Gröninger Bad einzuarbeiten.

Abstimmung: 8-0-0

Abstimmung zum Antrag A0127/17: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

8.3.1. Skater-Anlage Gröninger Park
Vorlage: S0259/17

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Ein Hassel für Alle
Vorlage: A0106/17

vertagt

8.4.1. Ein Hassel für Alle
Vorlage: S0245/17

vertagt

8.5. Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes,
urbanes Bauen in Magdeburg
Vorlage: A0103/17

Abstimmung zum Antrag A0103/17: 6-0-1

8.5.1. Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes,
urbanes Bauen in Magdeburg
Vorlage: S0244/17

Frau Grosche (AL 61) erläutert kurz die Stellungnahme. Es gab keine Nachfragen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.6. Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der
Kleingartenanlage "Klinketal" e.V. als Dauerkleingartenanlage
Vorlage: A0124/17

vertagt

8.6.1. Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der
Kleingartenanlage "Klinketal" e.V. als Dauerkleingartenanlage
Vorlage: S0276/17

vertagt

9. Informationen

- 9.1. Sachstand zur weiteren, aktuellen Entwicklung der Baupreise/mittelfristige Finanzplanung der Stadt
Vorlage: I0262/17
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.2. Mehr Sicherheit für Radfahrer in der Seehäuser Straße
Vorlage: I0281/17
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Mitteilungen und Anfragen

Stadtrat Gedlich fragt, wie hell Asphalt sein muss und verweist auf den dunklen Asphalt im Domviertel. Vorher sei der Belag heller gewesen, stellt er fest und fragt nach möglichen Richtlinien.

Herr Gebhardt (AL 66) führt aus zu den Schwarzdecken, die schwarz seien. Hellerer Asphalt sei kostenintensiver. Bei Hanglagen z.B. werden mehr hellere Bestandteile eingebracht.

Stadtrat Brestrich geht auf die gestohlene Beschilderung am Geschwister-Scholl-Park ein. Des Weiteren bittet er um Versetzung des Abbildes von Franz Mehring in Richtung Nordpark.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Falko Grube
Vorsitzende/r

Corina Nürnberg Christina Ihl
Schriftführer/in